

Zur Veröffentlichung in der Süddeutschen

Prantl_Bausparer ohne Recht_Verträge muss man nicht mehr halten *[IG_O.MP_020]*

und dem darauf geschriebenen Leserbrief *[IG_K-MP_003]*

wurde bzgl. der Änderungen des eingereichten Leserbriefes folgender Hinweis gegeben:

Änderungen von Titel und letztem Satz des Leserbriefes durch die SZ verschieben den Aussageschwerpunkt von der Justiz auf die Rentner; sind also nicht redaktionell, sondern ZENSUR

Dieser Hinweis ist wie folgt zu ergänzen:

Es ist üblich, dass bei der Süddeutschen Zeitung eingereichte Leserbriefe der (durch die referenzierte Veröffentlichung) zuständigen Redaktion (dem Redakteur) zur Stellungnahme vorgelegt werden.

Es ist also sehr naheliegend, dass für die am Leserbrief vorgenommene verfälschende Änderung = **ZENSUR** der damalige Autor und zuständige Chefredakteur Heribert Prantl **persönlich verantwortlich** ist.

Verfassungsbeschwerde [IG_K-VG_2305]
Erweiterungen zur ... [IG_K-VG_2302]

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Fr 03.03.2017 12:21
An: 'sz-innenpolitik@sueddeutsche.de'
Cc:
Betreff: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen

Nachricht  _Verfassungsbeschwerde_final.pdf
 _Erweiterungen zur Klageschrift für die Verfassungsbeschwerde_final.pdf

Sehr geehrte Damen und Herren von der Redaktion Innenpolitik,

ich versuche dringend einen Kontakt zu Heribert Prantl zu bekommen. Ich bitte Sie sehr herzlich und sehr inständig dies zu unterstützen. Ich bin überzeugt, wenn Herr Prantl meine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht überfliegen würde, könnte er sehr schnell feststellen, wie ernst das von mir vorgebrachte Thema ist. Ich fürchte, ich brauche die Unterstützung der Süddeutschen Zeitung und insbesondere die des Herrn Prantl. Es geht nicht um Nabelschau eines Mochtengewichtigen, sondern um ein gesamtgesellschaftliches Thema (s.u.)

Danke, mit freundlichen Grüßen
Dr. Amd Rüter

Ich bitte die gesamte Redaktion um Vertraulichkeit.

Sehr geehrter Herr Prantl,

es würde mir sehr leicht fallen, jetzt erst einmal eine lange Litanei zu verfassen über den überaus positiven Eindruck, den Sie bei mir und meinen Mitmenschen hinterlassen. Ich denke aber Sie wissen um Ihre große gesellschaftliche Bedeutung und ich weiß es auch, so dass ich mir das hier schenke.

Ich verweise auf den Inhalt meines gestern in der SZ erschienenen Leserbriefes "Geschädigte Rentner". Ich bin einer der durch das GMG geschädigten Rentner. Ich bin der Überzeugung, dass bei Berücksichtigung der Anzahl der involvierten Organisationen des Staates, die in diesem Missbrauch beteiligt waren und sind, dies mit Sicherheit der größte Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtstaatlichkeit ist, den die Bunderepublik bisher erleben muss (Verfassungsbeschwerde S. 33).

Spätestens an dieser Stelle müssen Sie sich zwangsläufig fragen, was für eine Person will da etwas von mir. Ich bin weder ein Gustl Mollath noch ein Michael Kohlhaas. Ich war Dipl. Mathematiker, Informatiker, Forscher (Dr. rer. nat.) und bin ziemlich aufgeräumt und logisch arbeitend im Hirn. Ich halte es mit den Worten „Hoffnung ist nicht Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht“ – Vaclav Havel.

Wie komme ich ausgerechnet auf Sie: 1.) Ihr gesellschaftlichen Engagement ist nicht zu übersehen. 2.) Sie sind Chefredakteur einer bedeutenden deutschen Tageszeitung (das braucht es vielleicht eines Tages, (s.u.)). 3.) Sie haben eine juristische Ausbildung, so dass Sie es leicht haben werden, meine Beweise nachzuvollziehen (ich selbst bin kein Jurist, habe es aber im Arbeitsleben ganz gut von einem Juristen mit Herz und Verstand gelernt). 4.) Sie haben kürzlich ein Buch veröffentlicht „Was ein Einzelner vermag“; ich nehme an, dass es auch Ihr Denken charakterisiert.

Was will ich von Ihnen: Ich habe eine Verfassungsbeschwerde an den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichtes eingereicht (wurde heute Morgen zugestellt). Aus der Verfassungsbeschwerde wird schnell ersichtlich, dass ein entscheidender Nagel in den Sarg der Demokratie vom Ersten Senat (Hr. Kirchhof) höchst selbst eingeschlagen wurde. Aus Sicht des Rechtssystems gibt es streng genommen nur noch Art. 20 (4) des Grundgesetzes, was aber nicht sehr befriedigend ist. Ich weiß von einigen Verfassungsbeschwerden, die aber unverständlicherweise beim Ersten Senat eingereicht wurden, und die dort durchaus nachvollziehbar schon bis zu 2 Jahren vor sich hin modern.

Es entscheidet sich also genau genommen an der Frage, ob Herr Vosskuhle die Demokratie wieder herstellen will oder (wegen der damit verbundenen Unannehmlichkeit) darauf verzichtet. Wenn er darauf verzichten will, dann braucht es einen „Aufschrei der Demokraten“. In den jetzt 13 Jahren der Laufzeit dieses GMG hat es immer wieder vereinzelt Echo in Lokalpresse, Rundfunk, Fernsehen gefunden. Das wurde aber von den initierenden Rentner und den verantwortlichen Redakteuren so umgesetzt, dass ich den Wiederhall eher als zaghaftes Gehüstel bezeichnen würde.

Wie können Sie effektiv vorgehen, um sich selbst ein Bild zu machen: Meine Verfassungsbeschwerde besteht aus
1.) einem 36 seitigen Hauptdokument (als Jurist können Sie vieles schnell über fliegen. Ernst wird es in IV. und V. (22 Seiten). Danach habe Sie zwar keine einzigen Beweis gesehen, aber ein gutes Bild, was da abgelaufen ist und immer noch abläuft.

2.) zwei Hintergrunddokumenten: Das erste ist extra für die Verfassungsbeschwerde erstellt (70 Seiten), das

zweite ist meine Klage vor dem Sozialgericht (30 Seiten). Beide Dokumente enthalten die Beweislogik

3.) den Rest (insgesamt sind es dann 2 dicke Leitz-Ordner voll) bilden die Beweismittel.

Wenn Sie nach Lesen der Verfassungsbeschwerde das 70 seitige Hintergrunddokument (das ist das Allgemeingültigere, die Klage beschäftigt sich mehr mit der Selbstbetroffenheit) benutzen, um die Nachweisbarkeit stichpunktartig zu überprüfen, dann kommen Sie sehr schnell sehr weit.

Ich sende mit dieser Email in der Anlage

- die Verfassungsbeschwerde

- das 70 seitige Hintergrunddokument

Wenn Ihr Bedarf geweckt sein sollte, kann ich Ihnen auch die gesamten Unterlagen auf Daten-CD zur Verfügung stellen.

Ich würde mich selbstverständlich sehr freuen, wenn ich Sie davon überzeugen könnte, dass da kein einsamer Spinner am Werke ist, und wenn Sie sich zur Besprechung möglicher Schritte bei mir melden.

Hoffnungsvoll, mit freundlichen Grüßen

Dr. Amd Rüter

Haydnstraße 5

85591 Vaterstetten

Tel. 08106 32754

Email amd_rueter@web.de

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]

Gesendet: Sa 04.03.2017 10:43

An: 'doris.holland@sueddeutsche.de'

Cc:

Betreff: WG: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen

Nachricht

_Verfassungsbeschwerde_final.pdf

_Erweiterungen zur Klageschrift für die Verfassungsbeschwerde_final.pdf

Sehr geehrte Frau Holland,

dies ist jetzt mein nächster Versuch dem Herrn Heribert Prantl Informationen zukommen zu lassen, die (nach meiner festen Überzeugung) ihn sehr interessieren werden.

Ich habe überhaupt kein Problem, dass Herr Prantl selbst entscheiden darf und soll, ob er sich damit befassen will oder nicht.

Was mich aber schon schwer irritiert ist, dass es offensichtlich auch bei der SZ Personen gibt, die es als ihre Aufgabe sehen, Informationen möglichst fern zu halten; und zwar unabhängig davon, ob das Wichtiges oder Unwichtiges sein könnte. Ich würde doch bei einer so bedeutsamen Tageszeitung etwas offenere Ohren erwarten.

So, nachdem der Frust raus ist, seien Sie bitte so freundlich und geben Sie dies alles an Herrn Prantl weiter. Wie er Arbeit vermeidend am schnellsten zu einer eigenen Meinung kommen kann, habe ich unten beschrieben. Falls er es bevorzugt lieber auf Papier als am Bildschirm zu lesen, ich könnte bei Ihnen auch die beiden angehängten Dokumente ausgedruckt vorbei bringen. Sie werden nicht unbedingt die Zeit haben sich mit dem Drucker zu beschäftigen und für mich ist es von Vaterstetten aus ein erträglicher Weg. Außerdem ist es jetzt zumindest so: ich will etwas von ihm (und nicht umgekehrt).

Vielen Dank

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnd Rüter

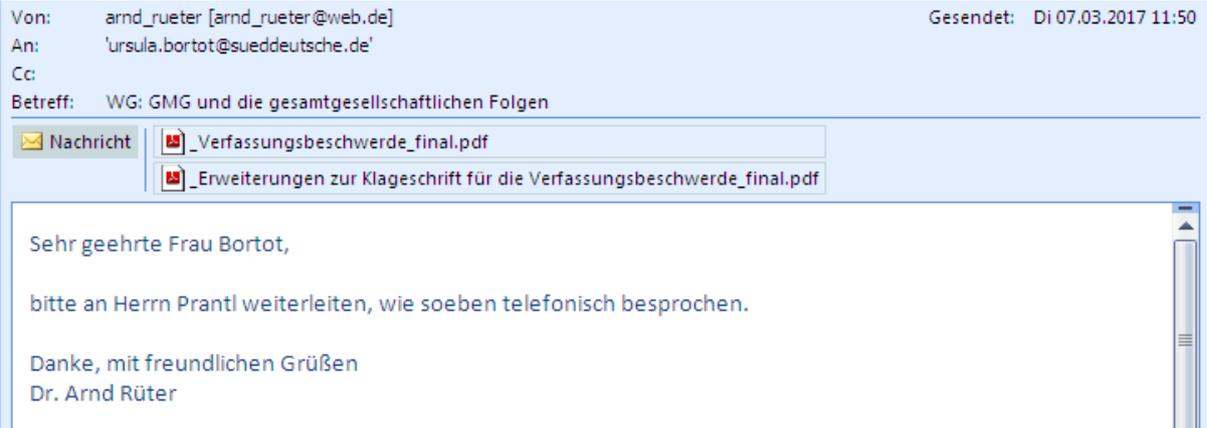
Haydnstraße 5

85591 Vaterstetten

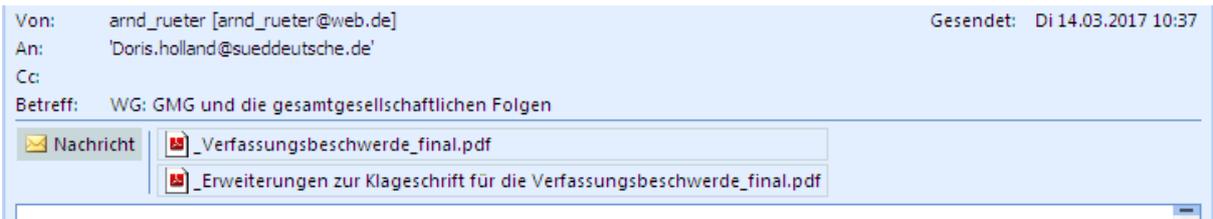
Tel. 08106 32754

Email arnd_rueter@web.de

Anhang: Email vom 03.03.2017 (s.o.)



Anhang: Email vom 04.03.2017 (s.o.)



Angang: Email vom 04.03.2017 (s.o.)

Weiterleitung der Email an H. Prantl durch Frau Siegle

Von: Holland, Doris [doris.holland@sueddeutsche.de] Gesendet: Mi 15.03.2017 12:15
An: Prantl, Heribert
Cc:
Betreff: WG: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen

 Nachricht  _Verfassungsbeschwerde_final.pdf
 _Erweiterungen zur Klageschrift für die Verfassungsbeschwerde_final.pdf

Doris Holland
Büro Prof. Dr. Prantl

Süddeutsche Zeitung GmbH
Chefredaktion
Hultschiner Straße 8
DE 81677 München

Tel.: +49 89 2183-604/451
Fax.: +49 89 2183-8429
E-Mail: doris.holland@sueddeutsche.de

Sitz der Gesellschaft: München
Eingetragen beim Amtsgericht München unter: HRB 73315
Geschäftsführer: Stefan Hilscher, Dr. Karl Ulrich
USt-IdNr.: DE 811158310

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: So 19.03.2017 17:42
An: 'Heribert.Prantl@dueddeutsche.de'
Cc:
Betreff: WG: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen - E R G Ä N Z U N G

Nachricht

-  20170310 empfangen_20170308 datiert_Bedenken bzgl Zulässigkeit_mit Merkblatt.pdf
-  20170313_Stellungnahme auf 08-03-2017_update Verfassungsbeschwerde.pdf
-  20170311_Verfassungsbeschwerde_final (V2).pdf

20170310 ... [\[IG_K-VG_2303\]](#)
20170313 ... [\[IG_K-VG_2304\]](#)
20170311... [\[IG_K-VG_2305\]](#)

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,

da Ihre Sekretärin „krank“ oder „gar nicht mehr da“ ist und es sich schwierig gestaltet Kontakt zu Ihnen aufzunehmen, versuche ich es jetzt einmal auf direktem Weg.
Ich beziehe mich auf meine Email vom 3.3.17, die Sie zumindest ein Mal am 15.3. um 12:15 Uhr von Frau Siegle vom Email Account von Frau Holland weitergeleitet bekommen haben.

Wie befürchtet, versucht das Bundesverfassungsgericht meine Verfassungsbeschwerde schon im Vorfeld ins Nichts verschwinden zu lassen. Ich habe keine Vorstellung davon, welche weiteren Möglichkeiten die „Vorhut“ beim Verfassungsgericht noch zur Verfügung hat, den Zugang zum Zweiten Senat zu blockieren.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Anlagen
1_ Brief vom Verfassungsgericht
2_ Meine Antwort darauf
3_ Die modifizierte Verfassungsklage

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Fr 31.03.2017 10:04
An: 'Heribert.Prantl@sueddeutsche.de'
Cc: 'Doris.Holland@sueddeutsche.de'
Betreff: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,

ich bin außerstande Sie zu verstehen.

Ich sende Ihnen Informationen über den (nach meiner Überzeugung und der von weiteren 6 Millionen Bundesbürgern) größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seit Bestehen der Bundesrepublik und was machen Sie seit einem Monat, Sie sitzen aus. Bei „Lanz“ im ZDF halten Sie große Reden „man müsse gegen den Abbau der Demokratie etwas tun“. Sie bekommen etwas auf dem Silbertablett serviert und dann schauen nicht einmal hin. Jeder von uns hat maßlos viel um die Ohren, aber dafür entwickelt man ja wohl Strategien, um für sich Wichtiges und Unwichtiges zu unterscheiden. Ich glaube z.B. nicht, dass der Priestermangel der katholischen Kirche derzeit ein brennendes Thema aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ist. Ich habe mir wahrlich den Kopf zerbrochen, wie ich Ihnen bei einer schnellen Entscheidung behilflich sein kann (beschrieben in den Emails). Was muss ich noch machen, bis Sie wenigstens einmal hinschauen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

P.S.: Ich habe neue handfeste Beweise, dass auch der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts ein „rechtsstaatlicher Sumpf“ ist. Aber so hat jedes Übermitteln keinen Sinn.

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Fr 31.03.2017 10:07
An: 'Heribert.Prantl@sueddeutsche.de'
Cc:
Bcc:
Betreff: WG: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen - E R G Ä N Z U N G

Nachricht | 20170310 empfangen_20170308 datiert_Bedenken bzgl Zulässigkeit_mit Merkblatt.pdf
20170313_Stellungnahme auf 08-03-2017_update Verfassungsbeschwerde.pdf
20170311_Verfassungsbeschwerde_final (V2).pdf

Wiederholung Email vom 19. März 2017

Von: Prantl, Heribert [dr.heribert.prantl@sueddeutsche.de] Gesendet: Fr 31.03.2017 10:19
An: arnd_rueter
Betreff: Gelesen: WG: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen - E R G Ä N Z U N G

Ihre Nachricht

An: Prantl, Heribert
Betreff: WG: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen - E R G Ä N Z U N G
Gesendet: Freitag, 31. März 2017 10:06:38 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Freitag, 31. März 2017 10:18:54 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Fr 31.03.2017 10:42
An: 'Hans.Leyendecker@sueddeutsche.de'
Cc:
Betreff: WG: GMG und die gesamtgesellschaftlichen Folgen

Nachricht

- _Verfassungsbeschwerde_final.pdf
- _Erweiterungen zur Klageschrift für die Verfassungsbeschwerde_final.pdf
- VG4_20170321_2_Beschwerde beim Präsidenten Voßkuhle_mit Anlagen.pdf
- VG8_20170329_Präsident Voßkuhle_Ablehnung Ersten Senat wegen Befangenheit.pdf

Verfassungsbeschwerde [\[IG_K-VG_2305\]](#)
Erweiterungen zur ... [\[IG_K-VG_2302\]](#)
VG4 [\[IG_K-VG_2308\]](#)
VG8 [\[IG_K-VG_2311\]](#)

Sehr geehrter Herr Leyendecker,

nachdem ich seit fast einem Monat vergeblich versuche den Herrn Prantl wenigstens zum Lesen der übergeordneten Informationen zu bewegen, hat mir soeben eine seiner Temporär-Sekretärinnen (Fr. Sperling) geraten, mich an Sie zu wenden. Verstehen Sie sich bitte nicht als „Ersatzmann“. Ich war nur bisher der Meinung, dass „mein“ Thema bereits so aufgearbeitet ist, dass investigatives Tun nicht mehr erforderlich ist.

Ich wiederhole meinen Satz von unten:

Ich bin der Überzeugung, dass bei Berücksichtigung der Anzahl der involvierten Organisationen des Staates, die in diesem Missbrauch beteiligt waren und sind, dies mit Sicherheit der größte Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist, den die Bunderepublik bisher erleben muss (siehe Verfassungsbeschwerde).

Meine Verfassungsbeschwerde hat insgesamt einen Umfang von 2 Aktenordnern. Die wesentlichen Informationen (ohne die beweisenden Dokumente) sind in 3 Files beschrieben

- _ die Verfassungsbeschwerde (33 Seiten, anbei)
- _ ein Hintergrunddokument über die allgemeinen gesamtgesellschaftlichen Hintergründe des Skandals (70 Seiten, anbei)
- _ meine Klage vor dem Sozialgericht mit der „persönlichen Betroffenheit“ durch dieses Unrecht (31 Seiten)

Um sich aufwandsschonend eine eigene Meinung zu bilden, gehen Sie bitte vor, wie ich es unten Herrn Prantl empfohlen habe.

Ich bin zu allem bereit: Überbringen oder Senden aller Informationen auf CD; Ausdrucken und über 2 Ordner voll abliefern; Gespräche tel. oder bei Ihnen, um schneller in die Thematik reinzukommen, ... was immer Sie wollen.

Damit Sie sehen können, dass das alles sehr fortgeschritten ist, sende ich Ihnen meine Beschwerde über die Gesetzesmissachtung beim Bundesverfassungsgericht (VG4 ...) und meine Feststellung der Befangenheit des gesamten Ersten Senats (VG8...) an Herrn Voßkuhle.

Ich erlaube mir zu wiederholen, was ich Herrn Prantl schon x-mal habe ausrichten lassen: Wenn die Süddeutsche sich dieses Themas nicht annimmt, dann braucht sie sich auch nicht mehr über Panama-Papers und ähnliches aufzuregen.

In der Hoffnung, dass Sie reagieren
Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Anhang: Email vom 04.03.2017

Die Sekretärin von Heribert Prantl hat am Telefon beim x-ten Nachfragen mitgeteilt, dass die Unterlagen von mir (Rüter) wohl in der Ostermappe lägen. Sie hat verraten, darin befänden sich immer Unterlagen, die er „nun endlich“ lesen müsse und er nehme sie deswegen in der Ostermappe mit in den Osterurlaub.

Daraufhin habe ich eine separate Ostermappe erstellt (nach dem Motto: vielleicht hat er ja wenigstens Humor), sie nach München in das SZ-Hochhaus gebracht und der Sekretärin persönlich übergeben.

Der Inhalt: *[IG_K-VG_2305]; [IG_K-VG_2303]; [IG_K-VG_2304]; [IG_K-VG_2306]; [IG_K-VG_2308]; [IG_K-VG2310]; [IG_K-VG_2311]*

Vorderseite der Mappe:



1. Seite der Mappe:

„Verfassungsbruch ist Extremismus“

Prof. Dr. Heribert Prantl

02.04.2017

anlässlich einer Diskussion über Populismus

mit Heiner Geißler, Bascha Mika

Im Literaturhaus München

Titel der Collage

„Das Auge der Vierten Gewalt schaut auf die Dritte Gewalt
und entdeckt gar Fürchterliches“

Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
Tel. 08106 32754
Email arnd_rueter@web.de

Herrn Prof. Dr. Heribert Prantl
- persönlich -
Süddeutsche Zeitung
Hultschiner Straße 8
81677 München

Vaterstetten, 09.04.2017

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,

Nachdem auf meine Schreiben (ausgedruckt in der Mappe) vom 21.03.2017 (VG4), 24.03.2017 (VG7) und 28.03.2017 (VG8) an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Voßkuhle keinerlei Reaktion zu verzeichnen war, kann ich nunmehr meinen Wunsch an Sie sehr konkret formulieren.

Die ausstehende Entscheidung durch den Präsidenten Voßkuhle ist

- 1) ob er willig ist die Demokratie wiederherzustellen
- 2) oder ob ihm das zu lästig/anstrengend ist

Die Frage an Sie bzw. die Süddeutsche Zeitung lautet:

Sind Sie bereit durch entsprechende gezielte Veröffentlichungen in der SZ dem Wunsch nach Wiederherstellung der Demokratie beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Voßkuhle entsprechenden Nachdruck zu verleihen ?

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Arnd Rüter

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]

Gesendet: Mi 03.05.2017 15:09

An: 'Floris.Mueller-Reichenwallner@sueddeutsche.de'; 'Heribert.Prantl@sueddeutsche.de'

Cc:

Betreff: Abbau der Demokratie - der größte Skandal in der Bundesrepublik Deutschland

Betreff: meine Emails vom 03., 07., 14., 19. Und 31.03.2017, die „Prantl-Ostermappe“ mit CD

Sehr geehrte Frau Müller-Reichenwallner,

vielen Dank für Ihre Geduld am Telefon.

Drucken Sie bitte diese Email inkl. ihrer Anhänge aus und legen es Ihrem Chef vor die Nase.

Vielen Dank,

mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnd Rüter

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,

Sie sind landunter. Aber Sie sind damit nicht allein; die Demokratie in der Bundesrepublik ist auch landunter.

Der große/entscheidende Sargnagel wurde 2010 von den Verfassungsrichtern Hohmann-Dennhardt, Gaier und Kirchhof eingeschlagen. Damit haben sie es aber nicht bewenden lassen. Bis heute werden im Verfassungsgericht Verfassungsbeschwerden zum „Gesetz zur Modernisierung des Gesundheitswesens“ (2004, GMG) rechtsbeugend (§§ 13, 14 BVerfGG) dem Ersten Senat zugeschoben und dann unter Leitung von Herrn Kirchhof höchstpersönlich ohne Begründung abgelehnt. Der Versuch den Präsidenten Voßkuhle zu „motivieren“ die kriminellen Zustände im Verfassungsgericht zu „bearbeiten“ stoßen auf allen Kanälen auf Schweigen (eisiges Schweigen?).

Ich habe gestern Ihren Artikel vom 10.07.2012 über „den Verfassungsschützer“ Voßkuhle in seiner Küche gelesen. So etwas braucht es doch heute wieder.

Wenn ich lese, was über Voßkuhle und über Sie und was von Voßkuhle und von Ihnen geschrieben steht, dann weiß ich nicht, warum es so unendlich schwierig ist, etwas Notwendiges in Bewegung zu setzen. Ich bleibe dabei: ich rede über den größten Skandal (in Anzahl das Recht missachtender staatlicher Organisationen) in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Zum Thema Prioritäten: ich weiß Sie haben zu tun bis über beide Ohren. Aber sollte man nicht mal das große Werben für den Kampf gegen den Abbau der Demokratie unterbrechen, um etwas sehr Konkretes dafür zu tun und die Theorie durch eine reale Praxis zu ergänzen?

Anbei 3 Schreiben eines ebenfalls Betroffenen (2 an Voßkuhle, 1 von einem Hilfs-Rechtsbeuger aus dem Ersten Senat)

Die Lage beim Bundesverfassungsgericht spitzt sich deutlich zu. Im März wurden 3 Verfassungsbeschwerden „ohne Begründung“ nicht angenommen. Ich habe Informationen, dass 3 weitere Verfassungsbeschwerden sich in der „unbegründeten Nichtannahme“ durch Kirchhof befinden.

Ich hoffe sehr, dass der Begriff „Ostermappe“ sich nicht auf Ostern 2018 bezog.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnd Rüter

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]
An: 'Floris.Mueller-Reichenwallner@sueddeutsche.de'
Cc:

Gesendet: Do 04.05.2017 12:04

Betreff: WG: Abbau der Demokratie - der größte Skandal in der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrte Frau Müller-Reichenwallner,

Bezug nehmend auf das gestrige Email und unser Telefonat stellen Sie bitte an Herrn Prantl folgende Frage:

Herleitung:

- _ Wie der Prantl-Ostermappe ausgedruckt zu entnehmen,
 - _ habe ich am 21.03.2017 Beschwerde beim Präsidenten des Verfassungsgerichts Voßkuhle eingelegt gegen die gesetzeswidrige Zuordnung meiner Verfassungsbeschwerde zum Ersten Senat (persönlich, Einschreiben mit Rückschein) (VG4)
 - _ Am 24.03.2017 habe ich per Email (allg. Emailadresse, an Voßkuhle persönlich auszuhändigen) eine Liste von 5 Verfassungsbeschwerden gesendet, die mit gleicher rechtsbeugender Methodik dem Ersten Senat zugeschoben wurden und dann von Kirchhof & Co „ohne Begründung“ nicht angenommen wurden. (VG7)
 - _ Am 29.03.2017 habe ich an den Präsidenten Voßkuhle Befangenheit gegen sämtliche Richter des Ersten Senats erklärt und begründet (VG8)
 - _ Am 13.04.2017 habe ich bei der Sekretärin vom Voßkuhle (Email Adresse per Zufall bekannt) angefragt, ob Hr. Voßkuhle meine 3 obigen Schreiben erhalten hat und gebeten einen Weg mitzuteilen, über den eine sichere Kommunikation möglich ist – KEINE Antwort (Email definitiv geöffnet worden)
 - _ Es gibt weitere Schreiben von anderen betroffenen Rentnern an Hr. Voßkuhle (natürlich stecke ich dahinter) – alle OHNE REAKTION
 - _ Jetzt habe ich ein sehr brisantes Schreiben von Vizepräsident Kirchhof an einen Politiker, worin dieser unumwunden über den Status von derartigen rechtswidrig bearbeiteten Verfassungsbeschwerden Auskunft gibt, auch zu solchen, die noch „in Bearbeitung“ sind – DIESES SCHREIBEN BEWEIST DIE SEHR UNGUTE BEZIEHUNG ZWISCHEN OBERSTER JUDIKATIVE (Erster Senat) UND POLITIK
 - _ Ich traue mich nicht mehr, so etwas auf einem (trotz Einschreiben mit Rückschein auch unsicheren) Kommunikationsweg Hr. Voßkuhle zur Verfügung zu stellen. Desweiteren stellt sich mir die Frage, ob ich dabei nicht besser anonym bleiben will (ich möchte nicht enden wie Gustl Mollarth !!!)

Die Frage an Herrn Prantl:

- _ würde er willens sein einen sicheren Kommunikationsweg an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Voßkuhle aufzumachen/zur Verfügung zu stellen ?

Vielen Dank
Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Do 18.05.2017 12:23
An: 'Floris.Mueller-Reichenwallner@sueddeutsche.de'; 'Heribert.Prantl@sueddeutsche.de'
Cc:
Betreff: Abbau der Demokratie - der größte Skandal in der Bundesrepublik Deutschland

Nachricht

- VG10a_20170428 empfangen_20170426 gesendet_BVerfG Kirchhof_an Binding SPD_Direktversicherungen.pdf
- VG10b_20170502 Erläuterung zur Email Kieseheuer zur Info Binding.pdf
- VG8_20170329_Präsident Voßkuhle_Ablehnung Ersten Senat wegen Befangenheit.pdf
- Übermittlung einer Pressemitteilung
- VG11c_20170518_BVerfG Kehrwecker_Anlage 1 Pressemitteilung_PM 35-17.pdf
- VG11d_20170518_BVerfG Kehrwecker_Anlage 2 Nichtannahme Verfassungsbeschwerde_PM 35-17_1_BvR_0610_1...

VG10a [\[IG_O-VG_0004\]](#)

VG10b [\[IG_K-VG_0001\]](#)

VG8 [\[IG_K-VG_2311\]](#)

Übermittlung .. [\[IG_K-VG_2313\]](#)

VG11c [\[IG_K-VG_2311\]](#)

VG11d [\[IG_K-VG_2311\]](#)

Betreff: meine Emails vom 03., 07., 14., 19. und 31.03.2017, die „Prantl-Ostermappe“ mit CD,
meine Emails vom 03.05. und 04.05.2017

Sehr geehrte Frau Müller-Reichenwallner,

drucken Sie bitte diese Email inkl. ihrer Anhänge aus und legen es Ihrem Chef vor.

Vielen Dank,
mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,

am 04.05.2017 habe ich angefragt, ob Sie bereit wären einen sicheren Kommunikationsweg an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Voßkuhle aufzumachen/zur Verfügung zu stellen. Ich habe darauf
keine Antwort erhalten.

Die Gründe meiner Anfrage sind sehr konkret:

1. Ich habe ein Schreiben vom Vizepräsidenten Kirchhof an die SPD, in welchem er in einer Art „Rapport“
an die SPD mitteilt, wie er welche Verfassungsbeschwerden zum Thema GMG
(Gesundheitsmodernisierungsgesetz) per „Nichtannahme ohne Begründung“ schon erledigt hat
(**VG10a**)
In beigefügtem Dokument erläutere ich die Zusammenhänge, wodurch die enge Zusammenarbeit
zwischen der Politik und der „unabhängigen Judikative“ deutlich wird (**VG10b**)
2. Ich habe Ihnen mehrfach das Schreiben an Herrn Voßkuhle übermittelt, in welchem ich die
Befangenheit des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts feststelle und begründe (**VG8**)
Dies hatte seinen ernsthaften Grund darin, dass meine Verfassungsbeschwerde gesetzeswidrig dem
Ersten Senat zugeschoben worden ist.
Gestern und heute ist nun eingetreten, was ich vorausgeahnt habe.
Ein dienstbeflissener Herr Kehrwecker vom Ersten Senat hat mir per Email (sehr ungewöhnlich)
mitgeteilt, dass ich heute vorab eine Pressemitteilung des Ersten Senats und die Nichtannahme
meiner Verfassungsbeschwerde erhalten würde (**VG11a**).
Diese habe ich heute wie angekündigt erhalten (**VG11b**) mit den Anlagen Pressemitteilung (**VG11c**)
und Nichtannahme meiner Verfassungsbeschwerde (**VG11d**). In diesen Anlagen schwadronieren die
Kriminellen des Ersten Senats ungehemmt, dass Sie nicht befangen sind und drohen gleich mal eine
Geldstrafe an.

Daraus ist im Minimum zu schlussfolgern, dass meine Schreiben bzgl. der Befangenheit des gesamten Ersten Senats an Herrn Voßkuhle **persönlich (VG8)** zur „Bearbeitung“ an den Ersten Senat „weiter gegeben wurde“.

Wenn ich jetzt einen **sicheren** Kommunikationsweg zum Herrn Voßkuhle haben würde, würde ich folgendes tun:

- Nach offiziellem Eintreffen der Nichtannahme meiner Verfassungsbeschwerde, würde ich den 3 Richtern vom Ersten Senat per Einschreiben mitteilen, dass ihre Nichtannahme für mich rechtlich keine Relevanz hat, da sie befangen sind und ein Befangener nicht selbst seine Unbefangenheit feststellen darf.
- Dieses Schreiben würde ich in Kopie als Anlage in einem Schreiben an Herrn Voßkuhle **persönlich** verwenden, in welchem ich die Kriminalität im Bundesverfassungsgericht wiederholen (Beweise anbei) und ihn erneut auffordern würde dagegen etwas zu unternehmen.

Ich werde heute nachmittag zum x-ten Mal Ihre Sekretärin anrufen (mit den temporären Aushilfen habe ich das auch permanent getan). Ich würde es begrüßen, wenn ich dabei nicht zum x-ten Mal die nachvollziehbare Antwort bekomme „sie weiß nichts und sie kann ja auch nichts machen“.

Wenn Sie nicht beabsichtigen Unterstützung zu leisten und wenn Ihnen das ganze einfach zu lästig ist

oder wenn Sie zu der Schlussfolgerung gekommen sind, dass Ihnen das Thema einfach zu „heiß“ ist oder Sie dem „auch nicht gewachsen“ sind,

dann würde ich es sehr begrüßen, wenn Sie mir dies auch so mitteilen.

Die Erfolgslosigkeit meiner seit Anfang März laufenden Bemühungen bei Ihnen empfinde ich jedenfalls langsam als „Hinhalten per Aussitzen“.

Wenn ich von Ihnen keinerlei Unterstützung erwarten kann, dann würde ich mich notgedrungen woanders um Unterstützung bemühen, wohlwissend, dass das weniger optimal sein würde.

Wenn auch dieses schief geht (und die Wahrscheinlichkeit ist sehr hoch), **dann gebe ich auf.**

Dann ist es eben einfach so, dass ich in einem Staat mit staatlich organisierter Kriminalität lebe, bei welchem die Kriminalität bis hinein ins Verfassungsgericht reicht. Und das nennen wir dann der Einfachheit halber „Demokratischen Rechtsstaat“.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Mi 31.05.2017 00:20
An: 'Floris.Mueller-Reichenwallner@sueddeutsche.de'; 'Heribert.Prantl@sueddeutsche.de'
Cc:
Bcc:
Betreff: WG: Abbau der Demokratie - der größte Skandal in der Bundesrepublik Deutschland

Nachricht

- 20170528_Präsident Voßkuhle_Nichtannahme durch Ersten Senat & Kirchhof an Binding.pdf
- ANL1_20170528_Vizepräsident Kirchhof_Kommentar zur Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemittei...
- ANL2_20170428_empfangen_20170426_gesendet_BVerfG Kirchhof_an Binding SPD_Direktversicherungen.pdf
- ANL3_20170502_Erläuterung zur Email Kieseheuer & zur Info Kirchhof-Binding.pdf

20170528 [\[IG_K-VG_2318\]](#)

ANL1 [\[IG_K-VG_2317\]](#)

ANL2 [\[IG_O-VG_0004\]](#)

ANL3 [\[IG_K-VG_0001\]](#)

Betreff: meine Emails vom 03., 07., 14., 19. und 31.03.2017, die „Prantl-Ostermappe“ mit CD,
meine Emails vom 03.05., 04.05. und 18.05.2017

Sehr geehrte Frau Müller-Reichenwallner,

drucken Sie bitte diese Email inkl. ihrer Anhänge aus und legen es Ihrem Chef vor.

Vielen Dank,
mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,

anbei sende ich Ihnen ein an Herrn Voßkuhle gesandtes Schreiben, welches 3 Anhänge hat:

ANL1_ Kopie Schreiben an Herrn Kirchhof
ANL2_ Kopie Schreiben von Kirchhof an SPD-Mitglied & MdB Binding
ANL3_ Erläuterung zum Schreiben Kirchhof - Binding

Warum tue ich dies ?

1.

Damit Sie nicht eines Tages sich zurück lehnen und sagen können: das hätten sie ja alles gar nicht ahnen können.

Ich denke, wenn jemand so massiv wie Sie öffentlich dafür plädiert, sich für den Erhalt unserer Demokratie einzusetzen, dann übernimmt derjenige auch eine gewisse Verantwortung.

Ich habe nicht die Absicht Sie aus dieser selbstgewählten Verantwortung zu entlassen.

2.

Mit meinem Vorschlag zur verbesserten Pressemeldung, mit welcher ich mich bei Herrn Kirchhof um die Stelle des Marketing- und Pressebeauftragten des Ersten Senats bewerbe (ANL1), möchte ich mich auch bei der Süddeutschen bewerben als „Kommentator Innenpolitik – Spezialgebiet Judikative“ (ein Job wird schon klappen).

Sagen Sie bitte nicht, da bräuchten Sie niemanden, weil das ja schon Ihr „Laib und Magen“ Thema sei. Sie sehen doch, dass Sie zu nichts kommen und dringend Unterstützung benötigen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Anhang: Email vom 18.05.2017 (s.o.)

Von: Müller-Reichenwallner, Floris [floris.muller-reichenwallner@sueddeutsche.de]

Gesendet: Mi 31.05.2017 15:10

An: arnd_rueter

Betreff: Gelesen: WG: Abbau der Demokratie - der größte Skandal in der Bundesrepublik Deutschland

Ihre Nachricht

An: Müller-Reichenwallner, Floris

Betreff: WG: Abbau der Demokratie - der größte Skandal in der Bundesrepublik Deutschland

Gesendet: Mittwoch, 31. Mai 2017 00:20:28 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Mittwoch, 31. Mai 2017 15:10:13 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

03.07.2017 [IG_K-VG_2710]

Einschreiben/Rückschein
Persönlich
Herrn Prof. Dr. Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts
und Vorsitzender des Zweiten Senats
Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Zweitausfertigung an:
Einschreiben/Rückschein
Persönlich
Herrn Dr. jur. Heribert Prantl
Mitglied der Chefredaktion
der Süddeutschen Zeitung
Hultschiner Str. 8
81677 München

Meine unter Verletzung der §§ 13, 14 BVerfGG bestätigte Verfassungsbeschwerde

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Voßkuhle,

auf mein Schreiben vom 06.04.2017 habe ich bis heute keine Nachricht erhalten. Die Zusammenhänge und Hintergründe sind im BVerfG hinreichend bekannt und brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Nach 3 Monaten sollte eine Mitteilung über die gesetzeskonforme Bearbeitung meiner Verfassungsbeschwerde mit einem Aktenzeichen 2 BvR... möglich sein.

Mir widerfährt seit 3 Jahren prozessuales Unrecht, das offensichtlich jetzt vom BVerfG fortgesetzt wird. Ich sehe es als meine Pflicht an, die Öffentlichkeit zu informieren. Die bisherigen Urteile und Beschlüsse der Gerichte sind Schandtaten für den Rechtsstaat. Ca. 6 Millionen Bürger unseres Landes sind durch Rechtsbeugung bis jetzt um ca. 50 Milliarden Euro betrogen worden. Die Auszahlung einer Kapitallebensversicherung ist kein **Versorgungsbezug**; um diese Rechtsbeugung geht es in dieser Rechtssache. Die Werte unseres Rechtsstaates und die Demokratie sind gefährdet. Es gehört zu den journalistischen Pflichten darauf aufmerksam zu machen. Herrn Dr. Prantl von der Süddeutsche Zeitung traue ich dies zu. Die Sachverhalte sind umfangreich recherchiert und es liegen alle Beweisunterlagen vor. Den Anfang mache ich durch Beifügung der Übersicht über die Aktenzeichen der bisher gesetzeswidrig durchgeführten Verfahren.

Ich weise wiederholt darauf hin, dass der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts unter Vorsitz von Herrn Kirchhof keine Zuständigkeit für die Verfassungsbeschwerden besitzt. Die Beschlüsse sind gesetz- und verfassungswidrig und nicht unanfechtbar.

Rudolf Mühlbauer

Anlage

Übersicht der den Streitgenossen nach § 73 (2) Nr 2 SGG bisher bekannten Aktenzeichen des BSG bzw. BVerfG - Stand 23.05.2017

201706-07 Süddeutsche Zeitung – Democracy Lab



Die Welt ist in Wallung. Und viele Deutsche sind es auch. Terrorgefahr, Populisten, die Wahl Donald Trumps oder die vielen Flüchtlinge, die ins Land gekommen sind, treiben die Menschen um. Es wird viel geschimpft, geschmäht, gehetzt oder **auch gelogen - nicht nur im Netz**. Der Ton ist ruppiger geworden, die Diskussionen unversöhnlicher. **Das schadet der Demokratie**.

"Die liberale Demokratie und das politische, normative Projekt des Westens, sie stehen unter Beschuss", konstatierte Alt-Bundespräsident Joachim Gauck bei seiner Abschiedsrede Anfang des Jahres. Er bezog sich auf jene, die Zweifel an unserer Staatsform säen, die die Rückkehr ins Nationale propagieren, die ausgrenzen und die politische Debatte mit aggressiven Parolen vergiften. Gauck plädierte für eine Kommunikation, die mehr Menschen einbezieht - und setzte damit zum Auftakt des Wahljahres den richtigen Ton.

Wir müssen reden - so viel steht fest. **Wie aber kommen wir alle wieder besser miteinander ins Gespräch?** Das wollen wir im SZ Democracy Lab herausfinden, einem Diskurs-Experiment zur Bundestagswahl. Dabei reisen wir quer durch die Republik und gehen auch online der Frage nach, was sich aus Ihrer Sicht in Deutschland ändern muss. Und wir wollen

konstruktive Debatten über die von Ihnen gesetzten Themen organisieren - im Netz und bei Veranstaltungen an verschiedenen Orten der Republik.

Die Möglichkeiten des Austausches sind heutzutage durch die sozialen Medien nahezu unbegrenzt, der Wortschwall schwappt aus allen Ecken. Mit einer Gesprächskultur, wie sie für die Demokratie essenziell ist, hat das jedoch oft wenig zu tun.

Vor allem die Bereitschaft, andere Sichtweisen zu akzeptieren, fehle häufig, meint der Philosoph Daniel-Pascal Zorn. Die Debattenkultur verändere sich zum Schlechtern, das lasse sich überall beobachten, in den sozialen Medien, auf der Straße, an der Universität. Man gehe lieber davon aus, dass man selbst schon richtig liegt. Das führe zwar zu Debatten. Produktiv seien diese aber nicht. Und die "Das-wird-man-doch-wohl-noch-sagen-dürfen"-Fraktion verschiebt die Grenzen des Sagbaren weiter.

Doch wie gelingen Debatten in einer fragmentierten, polarisierten Welt, **in der die Distanz zwischen Bürgern und Politikern, zwischen Bürgern und Medien** und, ja, zwischen Bürgern und Bürgern **zu wachsen scheint?** Darauf wollen wir Antworten finden in unserem Democracy Lab. Das Projekt besteht aus zwei Etappen:

1. Phase: Zuhören und Themen finden

Am Anfang eines jeden guten Gesprächs steht nicht das Reden. **Sondern die Bereitschaft, sich auf den anderen einzulassen und ihm zuzuhören.** Unser Projekt beginnt deshalb auch **mit dem Zuhören:** Wir wollen wissen, was Ihnen wichtig ist, jetzt und hier. Und wie Sie, gerade mit Blick auf die Wahl, die **zentrale Frage des Democracy Lab beantworten: Was muss sich in Deutschland ändern?** Hier können Sie Ihr eigenes Plakat gestalten und uns so Ihre Meinung mitteilen:



Wir sammeln die Plakate aller Teilnehmer - in der Galerie auf der folgenden Seite finden Sie in Kürze auch Ihr eigenes Kunstwerk wieder. Und dort sehen Sie übrigens auch, was andere Teilnehmer geschrieben oder gemalt haben und können weitere Plakate gestalten:



[Sie haben gemalt - Ihre Ideen fürs Democracy Lab](#)

[Was muss sich in Deutschland ändern? Im Democracy Lab sammeln wir Ihre Antworten auf diese Frage. Gestalten Sie Ihr eigenes Plakat zur Bundestagswahl - und lassen Sie sich von anderen inspirieren. mehr...](#)

Gleichzeitig wollen wir zwölf Tage durch die Republik reisen und mit Ihnen - und Nicht-SZ-Lesern - das Gespräch suchen. Von Dienstag an starten wir eine Reise quer und längs durch Deutschland. Wir fahren - nach der Station in unserer Heimatstadt München - bewusst an den Millionenmetropolen vorbei und lassen Köln, Hamburg und Berlin außen vor. Und wir bleiben an den jeweiligen Haltepunkten nicht im Stadtzentrum, sondern fahren am zweiten Tag dort raus aufs Land: an den Rand, in die Peripherie, ins Umland. Weil Deutschland vielfältig ist und die Stadt anders tickt als das Hinterland.

Unsere Reporterteams wollen in den jeweiligen Regionen herausfinden, welche politischen Themen dort kurz vor der Bundestagswahl besonders bewegen. Wie bei diesen Teilnehmern, die wir vorab befragt haben:



Die Gespräche, Eindrücke und Erlebnisse arbeiten wir anschließend in Beiträgen auf. Schicken Sie unsere Reporter zu der Schule, wo Ihre Kinder seit Jahren nur in Containern unterrichtet werden. Nehmen Sie sie mit in die Flüchtlingsunterkunft, wo Sie ehrenamtlich

Deutschunterricht geben. Oder zeigen Sie uns die Nachbarschaft, in der Armut und Kriminalität immer beherrschender werden.

An diesem Dienstag starten wir deswegen eine Reise quer und längs durch Deutschland. Mit unserem VW-Bus machen wir erst in München, am Mittwoch dann in Wolfratshausen Station und fahren anschließend weiter in den Norden. Am Donnerstag und Freitag sind die SZ-Reporter in Gelsenkirchen, schlagen einen Haken über Worms und Mannheim am Wochenende, um dann am Montag und Dienstag der darauffolgenden Woche in Bremen Halt zu machen. Am Mittwoch und Donnerstag treffen Sie uns in Frankfurt an der Oder und am Freitag und Samstag in und bei Jena. Dann geht es für unser Team zurück nach München.



Hier der Fahrplan im Überblick:

Dienstag, 27. Juni: München, Tollwood-Festival, 15 Uhr

Mittwoch, 28. Juni: Wolfratshausen, Markstraße, 10 Uhr

Donnerstag, 29. Juni: Gelsenkirchen, Hochstraße, 10 Uhr

Freitag, 30. Juni: Gelsenkirchen, Bahnhofstraße, 10 Uhr

Samstag, 1. Juli: Worms, Obermarkt, 10 Uhr

Sonntag, 2. Juli: Mannheim, Luisenpark, 10 Uhr

Montag, 3. Juli: Bremen, Grasmarkt, 10 Uhr

Dienstag, 4. Juli: Bremerhaven, Platz vor der "Großen Kirche", 10 Uhr

Mittwoch, 5. Juli: Frankfurt/Oder, Oderturm, 10 Uhr

Donnerstag, 6. Juli: Beeskow, Marktplatz, 10 Uhr

Freitag, 7. Juli: Jena, Holzmarkt, 10 Uhr

Samstag, 8. Juli: Ronneburg (Thüringen), 10 Uhr; Schmölln (Thüringen), 14 Uhr

Wie Ihre Einreichungen auf dem [Plakat-Tool](#) sammeln wir auch auf unserer Tour Ihre Meinungen und Ideen und werten sie aus. Besonders häufig genannte, relevante Themen stellen wir online zur Abstimmung. Jeder kann so mitbestimmen, worüber wir bei der zweiten Etappe diskutieren.

2. Phase: Über Lösungen debattieren

Auch hier verzahnen wir online und offline: Im August wollen wir Interessierte bei Diskussionen in mehreren Städten und im Netz mit anderen Menschen ins Gespräch bringen. **Im Zentrum stehen die von den Lesern gesetzten Themen.** Klassische Podiumsdiskussionen oder Talk-Runden, wie man sie zur Genüge kennt, halten wir dabei für wenig geeignet. Stattdessen wollen wir andere, auch ungewöhnliche Gesprächsformate ausprobieren, bei denen ein echter Diskurs entsteht. Zu den Themen, auf die wir uns fokussieren, erstellen wir ein Dossier mit den wichtigsten Informationen - als Grundlage für die Debatte. Dabei möchten wir Menschen aus verschiedenen Schichten und Altersgruppen, mit unterschiedlichem Hintergrund und unterschiedlicher Herkunft zusammenbringen. **Unser Ziel ist es, nicht bei der Problembeschreibung aufzuhören, sondern konstruktiv nach Lösungen zu suchen und diese auch darzustellen.**

Im besten Fall lernen wir bei diesem Projekt nicht nur etwas über die politischen Inhalte, **sondern auch über die Frage, wie wir wieder besser miteinander ins Gespräch kommen** und debattieren können. Das Democracy Lab ist wie gesagt ein Experiment. Machen Sie mit!

Und wenn Sie noch Fragen oder Anregungen zum Projekt haben - schreiben Sie uns: democracylab@sz.de

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Do 20.07.2017 13:34
An: 'floris.mueller-reichenwallner@sueddeutsche.de'; heribert.prantl@sueddeutsche.de'
Cc:
Betreff: Abbau der Demokratie - der größte Skandal in der Bundesrepublik Deutschland

Nachricht

- VG20_20170710_Antwort an Batzke (Erster Senat)_gez.pdf
- VG21_20170710_Schreiben an Voßkuhle mit Kopie Batzke VG20_update V9 Verfassungsbeschwerde_VG22_mit R...
- Anlage V9_20031105_VdAK_AEV an GDV.pdf

VG20 [\[IG_K-VG_2323\]](#)
VG21 [\[IG_K-VG_2324\]](#)
Anlage V9 [\[IG_O-KK_004\]](#), [\[IG_K-KK_001\]](#)
„201706-07 SZ Democracy Lab“ (s.o.)

Betreff: meine Emails vom 03., 07., 14., 19. und 31.03.2017, die „Prantl-Ostermappe“ mit CD,
meine Emails vom 03.05., 04.05., 18.05. und 31.05.2017

Sehr geehrte Frau Müller-Reichenwallner,

drucken Sie bitte diese Email inkl. ihrer Anhänge aus und legen es Ihrem Chef vor.

Vielen Dank,
mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,

anbei sende ich Ihnen

1. zwei Schreiben eines Hr. [REDACTED] eine Antwort an eine Person Batzke aus dem Ersten Senat und die zugehörige Mitteilung an Voßkuhle
2. zwei Schreiben von mir: eine Antwort an diese ominöse Person Batzke aus dem Ersten Senat (VG20) und die zugehörige Mitteilung an Voßkuhle mit den Anhängen VG20, V9(ohne/mit Kommentar), VG22

Warum tue ich dies?

Weil ich Sie auch weiterhin nicht aus Ihrer selbstgewählten Verantwortung entlassen möchte.
Im Übrigen fordert Ihre Zeitung mich ja neuerdings massiv dazu auf (Stichwort: democracy lab) das Gespräch mit Ihnen mit aller Macht zu suchen. Fehlt für ein Gespräch jetzt nur noch jemand, der antwortet. Dass ich für das „democracy lab“ die Rettung unserer Demokratie als wesentliches Thema ansehe, dürfte ja schon im März klar geworden sein.

Ich könnte ja versuchen die notwendigen Artikel für die Süddeutsche selbst zu schreiben, aber auf mein Bewerbungsschreiben vom 31.05.2017 haben Sie ja auch noch nicht geantwortet

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de] Gesendet: Mi 30.08.2017 14:14
 An: 'redaktion@sueddeutsche.de'
 Cc: 'investigativ@sueddeutsche.de'; 'Hans.Leyendecker@sueddeutsche.de'; 'thomas.oechsner@sueddeutsche.de'; 'Rudolf Mühlbauer'
 Betreff: Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Nachricht

- 1_Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
- 2_Anlage V9_20031105_VdAK_AEV an GDV mit Anmerkung.pdf
- 3_VG10a_20170428 empfangen_20170426 gesendet_BVerfG Kirchhof_an Binding SPD_Direktversicherungen.pdf
- 4_VG13_20170528_Vizepräsident Kirchhof_Kommentar zur Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemit...
- 5_Liste von widerrechtlich vom Ersten Senat nicht angenommenen Verfassungsbeschwerden (11-08-2017).pdf.pdf

- 1_Übersicht **20170821 Übersicht über den größten Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland**
- Anlage V9 **[IG_K-KK_001]**
- Anlage VG10a **[IG_O-VG_0004]**
- Anlage VG13 **[IG_K-VG_2317]**
- 5_Liste .. **[IG_K-VG_0004]**

Dringend - Bitte ausdrucken und der Chefredaktion vorlegen

Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Prantl,
 trotz Ihrer seit März 2017 gezeigten Ignoranz bleiben zumindest wir fair und senden auch der Süddeutschen Zeitung die Unterlagen,
 die wir an 15 überregionale Zeitungen (inkl. Spiegel und Stern), 90 deutsche Regionalzeitungen mit einer Auflage von über 40.000 sowie die Landesrundfunk/fernseh-Anstalten der ARD, die ARD und das ZDF gesendet haben.
 Hans-Ulrich Jörges hat das Thema bereits in der dritten Minute am Sonntag im Presseclub angesprochen und als „Putsch im Sozialsystem und als schreiende Ungerechtigkeit“ bezeichnet (<https://www.youtube.com/watch?v=AIKfMsATkuA>).
 Wir bleiben dabei: die Süddeutsche Zeitung kann sich in Zukunft ihren investigativen Journalismus à la Panama-Papers getrost schenken, wenn sie dem durch die etablierten Parteien gesteuerten massiven Abbau der Demokratie weiterhin seelenruhig zuschauen will. Artikel gegen den einen oder anderen Auswuchs sind dann nichts weiter als ein Feigenblatt.
 Wir jedenfalls nehmen unser Grundrecht (Art.20 (4)) sehr ernst „gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen [...]“ Widerstand zu leisten.
 Gruß
 Dr. Arnd Rüter und Rudolf Mühlbauer

Sehr geehrter Herren Kurt Kister, Wolfgang Krach, Heribert Prantl, Stefan Plöchingen,
 anbei erhalten Sie eine Übersicht, welche den größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit beschreibt, den die Bundesrepublik Deutschland bisher erleben musste. Es geht um den staatlich organisierten Betrug an ca. 6 Millionen Rentnern mit einem geschätzten Schaden von bisher 21 Milliarden Euro (Stand Ende 2016).
 Die Übersicht ist aus der Begründung einer Verfassungsbeschwerde entstanden und stellt eine gestraffte Darstellung der wesentlichen Abläufe und Zustände dar. Sie enthält keine Beweise; die gesamte Verfassungsbeschwerde inkl. aller beweisenden Dokumente umfasst mehr als 1000 Seiten. Die in der beigegeführten Übersicht enthaltenen Referenzen wurden absichtlich beibehalten, um zu verdeutlichen, dass sämtliche Aussagen (bis auf zwei in der Übersicht identifizierte Punkte) beweiskräftig belegt werden können.

Da die Politik keinerlei Absicht hat diese Geldbeschaffungsmaschine (ca. 2 Milliarden pro Jahr) abzustellen, die gesamte mit Beitragsrecht beschäftigte Sozialgerichtsbarkeit der Bundesrepublik ins Kriminelle abgedriftet ist und sich nun auch die Kriminalisierung wesentlicher Teile des Bundesverfassungsgerichts gezeigt hat, sehen wir keine andere Möglichkeit mehr, als uns an die Öffentlichkeit zu wenden.

Um Ihnen die Brisanz des ganzen zu verdeutlichen, haben wir in der Übersicht den Text an 3 Stellen gelb markiert. Zu diesen Punkten senden wir Ihnen in der Anlage die beweisenden Dokumente.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn Sie sich als sogenannte „Vierte Gewalt“ des Themas annehmen und die Information der Öffentlichkeit unterstützen würden. Uns ist bewusst, dass in Presse, Funk und Fernsehen bereits der eine oder andere Punkt behandelt wurde. Durch unzureichende Aufbereitung unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte und mangelnde Unterstützung durch Betroffene wurde aber meistens ein sehr verzerrtes Bild der Situation wiedergegeben. Samt und sonders wird von den verantwortlichen Verursachern des Skandals behauptet, es handle sich um Versorgungsbezüge im Sinne des Betriebsrentengesetzes (BetrAVG). Dazu wird mit den Begriffen „betriebliche Altersversorgung“ und „Direktversicherung“ Rechtsbeugung betrieben. Dies ist aber die rechtsbeugende Finte der Judikative, mit der die privat finanzierten Kapitallebensversicherungen in mit Sozialversicherungsbeiträgen zu belastende Renten umgedeutet werden.

Das Material ist sicher nicht geeignet, um daraus Kurzberichte zu schreiben bzw. zu erstellen. Man kann sich eine journalistische Bearbeitung wohl am besten als dreiteilige Serie vorstellen: (1) Die Entstehungsgeschichte des GMG, (2) Die Kriminalisierung der Sozialgerichtsbarkeit, (3) Die Kriminalisierung des Bundesverfassungsgerichts.

Wenn Sie bereits unter Last der gesandten Informationen stöhnen und es als zu kompliziert ansehen, dann entschuldigen Sie bitte die Störung. Was wir keinesfalls gebrauchen können, wenn uns jemand mit viel Unterstützungsarbeit zudeckt, um dann für sich heraus zu finden, dass

- das Ganze einfach zu lästig ist (weil mit viel Arbeit verbunden),
- das Thema einfach zu „heiß“ und politisch zu brisant ist und der Eigentümer, die Chefredaktion oder ähnliche Kontrollorgane der Medien die Veröffentlichung stoppen, bevor es losgeht,
- Sie dem Thema einfach nicht gewachsen sind,

dann ist es besser, wenn Sie dies einfach so mitteilen und nicht erst nach unglaublichen Begründungen suchen.

Wenn Sie allerdings durch die erhaltenen Informationen hellwach werden und Ihr Berufsethos Sie nicht mehr ruhen lässt, dann bekommen Sie selbstverständlich weitere Unterstützung.

Wir freuen uns auf eine baldige Nachricht von Ihnen.

Mit freundlichen Grüßen

.....
(Dr. Arnd Rüter)

Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
08106 32754
arnd_rueter@web.de

.....
(Rudolf Mühlbauer)

Camerloherstraße 7
85737 Ismaning
089 965547
rudolf.muehlbauer@zumare.de

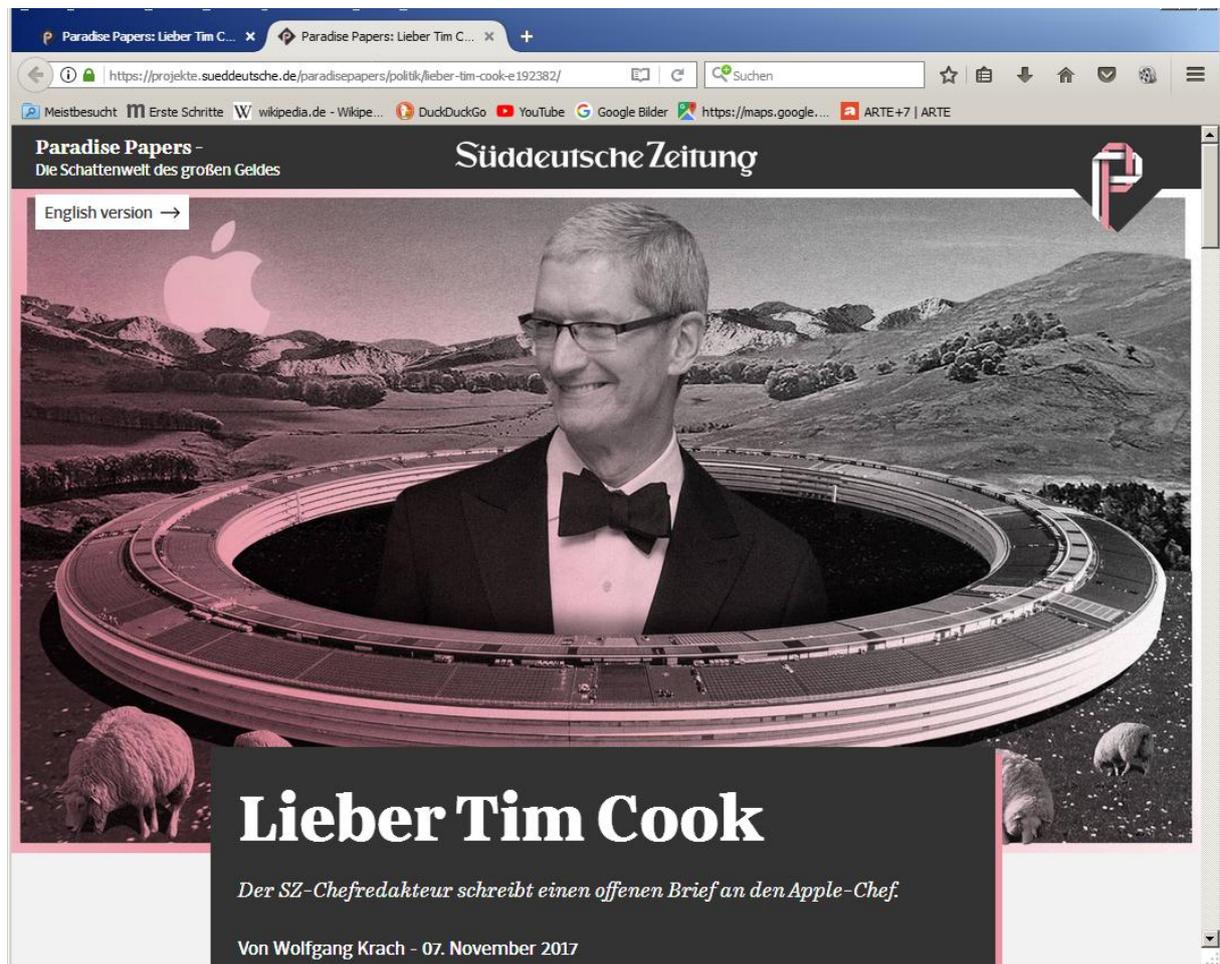
Hinweis:

Sämtliche vorhandenen Dokumente sind ohne spezielle juristische Kenntnisse lesbar und verstehbar, als Voraussetzung reicht völlig der gesunde Menschenverstand aus.

Anlagen:

1. Übersicht größter Skandal in Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.pdf
2. Anlage V9_20031105_VdAK_AEV an GDV mit Anmerkung.pdf
3. VG10a_20170428 empfangen_20170426 gesendet_BVerfG Kirchhof_an Binding SPD_Direktversicherungen.pdf
4. VG13_20170528_Vizepräsident Kirchhof_Kommentar zur Nichtannahme Verfassungsbeschwerde und Pressemitteilung.pdf
5. Liste von widerrechtlich vom Ersten Senat nicht angenommenen Verfassungsbeschwerden (10-08-2017).pdf

<https://projekte.sueddeutsche.de/paradisepapers/politik/lieber-tim-cook-e192382/>



Lieber Tim Cook

Der SZ-Chefredakteur schreibt einen offenen Brief an den Apple-Chef.

Von **Wolfgang Krach** - 07. November 2017

Lieber Tim Cook,

Sie kennen mich nicht, aber ich Sie. Nicht persönlich, aber vom Fernsehen, von Livestreams Ihrer Auftritte, wenn Sie in Cupertino wieder mal ein neues iPhone vorstellen, und natürlich aus meiner eigenen Zeitung und von unserer Webseite. Ich bin Chefredakteur der **Süddeutschen Zeitung, der führenden überregionalen Zeitung in Deutschland** und des Blattes, bei dem vor einiger Zeit die Panama Papers und später die Paradise Papers gelandet sind, aus denen wir derzeit mit Kollegen der *New York Times*, des *Guardian* sowie des ICIJ und knapp 100 anderen Medien in aller Welt Informationen auswerten und veröffentlichen.

Ihr Unternehmen ist eines der bekanntesten und renommiertesten auf dem Globus, eines, das hervorragende Produkte herstellt. Das iPhone hat die Welt verändert – in einer Geschwindigkeit, wie es vor ihm kaum ein anderes technisches Gerät geschafft hat. Apple ist beliebt und bei vielen Menschen Kult. Ich selbst nutze seit zehn Jahren ein iPhone, das iPad

ist mein tägliches Arbeitsmittel, und zu Hause steht ein Macbook. Wenn sich bei uns in der Redaktion jeder den Computer und das Smartphone aussuchen könnte, mit dem er oder sie am liebsten arbeitet, dann, da bin ich sicher, würde sich die Mehrheit für ein Apple-Gerät entscheiden.

Meine Kollegen und ich verfolgen seit Langem die Debatten, die es in den USA und insbesondere auch in Europa um die Besteuerung von Apple gibt. Sie persönlich haben dazu immer wieder Stellung bezogen, etwa bei Ihrem Auftritt im US-Senat 2013. Damals haben Sie gesagt, Apple sei nicht "abhängig von Steuertricks".

[Zum Artikel über AppleDoch in den Paradise Papers haben wir Informationen gefunden, die das Bild von Apple trüben, das Sie gerne zeichnen.](#) Auf Fragen, die wir als *Süddeutsche Zeitung* – gemeinsam mit den oben genannten Kollegen – gestellt haben, **haben wir von Apple keine oder allenfalls schmallippige Auskünfte erhalten. Warum?**

Apple beschäftigt Tausende exzellent ausgebildete Ingenieure, Techniker, Juristen, Betriebswirte und PR-Profis, die Schulen und Universitäten in aller Welt besucht haben. Viele dieser Schulen und Universitäten sind ganz oder teilweise mit Steuergeldern finanziert. Apple profitiert davon, dass Staaten eine Infrastruktur, nicht nur für Bildung, aufbauen und unterhalten. Sie, lieber Tim Cook, haben vor wenigen Wochen der *New York Times* gesagt, Apple habe eine "moralische Verantwortung", nicht nur zum Wohl der Vereinigten Staaten beizutragen, sondern auch zum Wohl "der anderen Länder, in denen wir Geschäfte machen".

Natürlich wissen wir, dass Apple einer der größten Steuerzahler der Vereinigten Staaten ist. Aber außerhalb der USA?

Aus öffentlich zugänglichen Informationen ergibt sich, dass Apple von 2010 bis 2017 im Durchschnitt zwei Drittel seiner Gewinne außerhalb der Vereinigten Staaten erwirtschaftet hat. 2016 waren es demnach 41,1 Milliarden US-Dollar, 2017 waren es 44,7 Milliarden. Die Steuern, die Apple ausweislich dieser Unterlagen außerhalb der USA auf diese Gewinne bezahlt hat, beliefen sich seit 2010 auf Sätze zwischen einem und sieben Prozent. Glauben Sie, lieber Tim Cook, dass das der von Ihnen angeführten "moralischen Verantwortung" entspricht? Diese – legale – "Steuroptimierung" ist nur dadurch möglich, dass spezialisierte Kanzleien, wie zum Beispiel Appleby, Firmenkonstrukte austüfteln, die andere Unternehmen nicht errichten können. Handwerker, Kleinunternehmer und Arbeitnehmer in den meisten Ländern außerhalb der USA, von denen viele sicherlich Apple-Produkte nutzen, haben keine Möglichkeit, sich auf diese Weise der normalen Besteuerung zu entziehen.

In Deutschland hat Apple Schätzungen zufolge (die genauen Zahlen veröffentlichen Sie ja nicht) im vergangenen Jahr einen Milliardenumsatz erzielt – und 25 Millionen Euro Steuern auf den Gewinn abgeführt. Anders gesagt: Nur 0,2 Prozent der Steuern, die Apple weltweit bezahlt, landen hier. Das entspricht in keiner Weise dem Anteil, den Deutschland am globalen Apple-Umsatz und am Apple-Gewinn hat; das ist unseren Lesern schwer zu vermitteln.

Was mich am meisten verstört, ist aber, wie Apple dazu kommt, eine Kanzlei damit zu beauftragen, sie solle von den Behörden oder der Regierung eines Landes eine Bestätigung dafür erwirken, dass man dort "keinerlei Besteuerung unterworfen" werde. Warum wollen Sie das? Warum erheben Sie den Anspruch, in einem Land keine Steuern zu bezahlen? Wollten Sie diese Null-Besteuerung zur Voraussetzung dafür machen, dass Sie sich dort niederlassen? Mit welchem Recht?

Und **welches demokratische Verständnis steckt hinter der Frage**, die Sie über diese Kanzlei haben stellen lassen: Ob es eine "glaubwürdige Oppositionspartei" in diesem Land gebe oder "eine Bewegung, die die jetzige Regierung ersetzen könnte"? Wollten Sie sicher sein, dass Ihnen diese Steuerbefreiung nach Wahlen oder einem Regierungswechsel erhalten bleibt?

Lieber Tim Cook, eine Menge Fragen, auf die wir und unsere Leser **bislang keine Antworten erhalten haben**.

Apple macht für sich geltend, ein transparentes Unternehmen zu sein. **Wenn dem so ist, gibt es doch keinen Grund, weiterhin zu schweigen, oder?**

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Krach

Chefredakteur *Süddeutsche Zeitung*



Paradise Papers - Die Schattenwelt des großen Geldes

Süddeutsche Zeitung

Meistbesucht m Erste Schritte W wikipedia.de - Wikip... DuckDuckGo YouTube Google Bilder https://maps.google... ARTE+7 | ARTE

Suchen

Neue Heimat

Apple wünscht sich ein Land ohne Transparenz, Steuern und nervige Opposition für ihre Firmensitze. Nun hat der Konzern etwas gefunden.

Jetzt lesen

Von: arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]
An: 'wolfgang.krach@sueddeutsche.de'
Cc: 'Rudolf Mühbauer'
Betreff: Offener Brief an Tim Cook - moralische Verantwortung der SZ

Gesendet: So 26.11.2017 18:17

Nachricht | 20171125_Kommunikation mit SZ Prantl - 3.3.-30.8.2017.pdf
Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepub...
Gedanken über ein mögliches weiteres Vorgehen.pdf

Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
Tel. 08106 32754
Email arnd_rueter@web.de

Einschreiben/Rückschein

Vorabinformation an
wolfgang.krach@sueddeutsche.de

Wolfgang Krach
- persönlich -
c/o Süddeutsche Zeitung Chefredaktion
Hultschiner Straße 8
81677 München

Betreff: Offener Brief an Tim Cook – moralische Verantwortung der SZ

Vaterstetten, 25.11.2017

Sehr geehrter Herr Krach,

Sie schreiben am 10.11.2017 als „Chefredakteur der führenden überregionalen Zeitung in Deutschland“ in Ihrem Offenen Brief „Ihr Verständnis von Demokratie?“ an Tim Cook:

- Apple habe eine „moralische Verantwortung“
- Es gäbe „Informationen, die das Bild von Apple trüben, das Sie [Tim Cook] gerne zeichnen“
- „Auf Fragen, die wir [...] gestellt haben, haben wir von Apple keine oder allenfalls schmallippige Auskünfte erhalten. Warum?“
- „Welches Verständnis von Demokratie steckt hinter der Frage“ [von Apple nach Steuerbefreiung in einem Land]
- „Eine Menge Fragen, auf die wir [...] bislang keine Antworten erhalten haben“
- „Apple macht für sich geltend, ein transparentes Unternehmen zu sein. Wenn dem so ist, gibt es doch keinen Grund, weiterhin zu schweigen, oder?“

Herr Prantl hat seit dem 03.03.2017 immer wieder detaillierte Informationen zu dem (nach unserer Meinung) größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit seit Bestehen der Bundesrepublik bekommen. Er hat alles konsequent mit totaler Ignoranz quittiert. Da Sie sicher nicht über den ganzen Ablauf informiert sind, in der Anlage_1 die Zusammenstellung der höchst einseitigen Kommunikation (auf die wiederholte Aufnahme aller der SZ vorliegenden Anlagen verzichte ich in diesem Dokument).

Bei der Suche nach der Ursache des Aussitzens stellt man fest, dass Herr Prantl, noch zwei Monate bevor das Bundessozialgericht mit einem ersten rechtsbeugenden und verfassungswidrigen Urteil die Grundlage zur Kriminalisierung sämtlicher mit Beitragsrecht befasster Sozialgerichte der Bundesrepublik Deutschland legte, in einem Artikel (*Juristen - Ein Spezial der Süddeutschen Zeitung zur Zukunft der Justiz - SZ Nr. 81, 06.04.2006, Seite 28*) feststellte:

„Diese richterliche Unabhängigkeit ist die Quelle für das Funktionieren der Justiz. Sie führt zum Beispiel dazu, dass das Kalkül der Parteien, Entscheidungen des Verfassungsgerichts seien berechenbar und beeinflussbar, wenn sie nur „ihre“ Richter nach Karlsruhe schicken, sehr oft nicht aufgeht. [...] Der 97. Verfassungsartikel ist das Rückgrat der dritten Gewalt. Es muss viel aushalten, aber **es funktioniert noch.**“

Ich glaube nicht, dass Herr Prantl nicht in der Lage wäre, diese extrem blauäugige Sichtweise zu korrigieren. Es dürfte vielmehr so sein, dass er diese Sichtweise nicht korrigieren will. Die Frage stellt sich schon, warum aus der mir ins Angesicht gegebenen Zusage von Heribert Prantl „Sie bekommen auf jeden Fall eine Antwort“ so übergangslos „aussitzendes Schweigen“ geworden ist. Kann es sein, dass Herr Heribert Prantl in Wirklichkeit eine ganz andere Agenda verfolgt und die Erfüllung seines Jugend-wunsches, eine Berufung in den Klub der „verfassungsrichterlichen Götter“, träumt? Sich diesem Ziel schreibend auf die eine (SZ 16.08.2017 H.P. Geldpolitik – Die Richter und ihre Richter) oder andere (SZ 10.07.2012 H.P. Der Verfassungsschützer) Weise zu nähern versucht er ja schon lange.

Mir persönlich ist jedenfalls ein klar zuzuordnender krimineller Bundesverfassungsrichter Kirchhof lieber, als jemand, der nicht müde wird in der Öffentlichkeit seinen Kampf für den Erhalt der Demokratie vorzuführen, aber dann, wenn es wirklich ernst wird, zu verstehen gibt „so war es ja nun auch nicht gemeint, es ist eher eine Art Geschäftsmodell“.

Sie haben per Email am 30.08.2017 zusammen mit Kurt Kister, Heribert Prantl und Stefan Plöching „Unterlagen zum größten Skandal bzgl. des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland“ erhalten (Anlage_2), die wir an 15 überregionale Zeitungen (inkl. Spiegel und Stern), 90 deutsche Regionalzeitungen mit einer Auflage von über 40.000 sowie die Landesrundfunk/-fernseh-Anstalten der ARD, die ARD und das ZDF gesendet haben. Wiederum war keinerlei Reaktion zu verzeichnen. Falls Sie überhaupt auf diesen vorliegenden Brief antworten werden und dann auf die Ausrede verfallen möchten „Sie könnten ja nichts machen, wenn Ihr juristischer Spezialist Prantl, die Sache für nicht beachtenswert befindet“, dann stelle ich vorbeugend fest: Herr Prantl hat überhaupt nichts befunden und zur Bewertung der Sachlage braucht es keinerlei juristische Kenntnisse, ein gesunder Menschenverstand ist völlig ausreichend (zur Begründung als Anlage_3 anbei „Gedanken über ein mögliches Vorgehen“, die wir an andere Zeitungen gesandt haben).

Nochmals eine andere sehr (sträflich) kurze Darstellung des Sachverhalts:

Die rot-grüne Bundesregierung unter Schröder hatte es durch unfähige Politik geschafft die Sozialkassen in 3 Jahren zu leeren. Dann ist man 2003 nicht auf eine geänderte Politik verfallen, sondern hat zusammen mit den Lobbyisten der Gesetzlichen Krankenkassen beschlossen sich das Geld bei den Rentnern zu holen, weil die sich nicht wehren können. Die Idee war, die Kapitalerträge aus Kapitallebens-versicherungen der Beschäftigten bei Auszahlung (Privateigentum) rechtsbeugend in "Betriebliche Renten" "umzudefinieren" und darauf Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu erheben. Die dafür erforderlichen Änderungen im SGB hat man in einer Nacht und Nebel Aktion am Parlament vorbei gebastelt (Ulla Schmidt, Horst Seehofer,... es waren auch einige Vertreter aus Landesregierungen dabei). Allesamt waren dies Vertreter der Parteien oder der Exekutive und hatten kein Recht Legislative/Gesetzgeber zu spielen. Das Parlament hat ahnungslos alles abgenickt (bis auf wenige lobenswerte Ausnahmen), was ihm über Nacht untergeschoben worden ist. Das Gesetz (GMG) ist also verfassungswidrig entstanden. Die Gesetzesänderungen zum 1.1.2004 allein reichten aber für die Durchführung des staatlich organisierten Betrugs nicht aus. Deshalb wurde der in Rente gehende Vorsitzende Richter des 12. Senats des Bundessozialgerichts durch einen der SPD genehmen ersetzt (Ausnutzung der politischen Einflussnahme des deutschen Richterwahlgesetzes). Dieser hat für eine Reihe von rechtsbeugenden Urteilen in 2006 gegen klagende Rentner in dieser Sache gesorgt. Mittlerweile berufen sich sämtliche mit Beitragsrecht befaste Sozialgerichte (Sozialgerichte, Landessozialgerichte, das Bundessozialgericht) auf diese rechtsbeugenden Urteile als sogenannte "höchstrichterliche" Rechtsprechung - das ist Rechtsbeugung (Straftatbestand mit mindestens 1 Jahr Haft) und Verfassungsbruch (Art. 97, 103 (1)). Auch das hätte noch nicht zur Durchsetzung des Betrugs gereicht, denn es gibt noch das Bundesverfassungsgericht. 3 Richter aus dessen Erstem Senat haben aber unter Christine Hohmann-Dennhardt (Vorsitz, offensichtlich von der SPD dort hingehievt), Ferdinand Kirchhof, Reinhard Gaier in 2008 das wesentliche rechtsbeugende Urteil des Bundessozialgerichts von 2006 inhaltlich und in Teilen sogar wörtlich abgeschrieben. Der Beschluss des Verfassungsgerichtes ist inhaltlich und durch den Beschluss, dem BSG das Recht auf selbständiges Umdefinieren des Rechts (Rechtsbeugung) nachträglich zuzugestehen, Verfassungsbruch. Anschließend wurden unter dem Vorsitz Kirchhof noch zwei weitere verfassungswidrige Beschlüsse gefasst, um den staatlich organisierten Betrug endgültig zu zementieren. "Ganz zufällig" wurde Kirchhof in 2010 zum Vizepräsidenten gekürt. Seitdem plant der 1. Senat unter seinem Vorsitz jährlich, sämtliche Verfassungsbeschwerden zu dem GMG-Thema Herrn Kirchhof höchst selbst zur "Bearbeitung" zuzuschieben, um sie dann "ohne Begründung abzulehnen". Nach gesetzlicher Regelung sind diese Verfassungsbeschwerden aber vom Zweiten Senat (unter Voßkuhle) zu bearbeiten. Herr Voßkuhle weiß von alledem, aber er sitzt es einfach aus. Das ist wiederum Rechtsverweigerung und Verfassungsbruch auch durch Voßkuhle. Mittlerweile sind die über 6 Millionen betroffenen Rentner um über 21 Milliarden bestohlen worden. Die Politik (Parteien CDU/CSU, SPD, Bündnis 90/die Grünen), Exekutive, Legislative) beruft sich permanent auf die Verfassungsgerichtsbeschlüsse, wohl wissend, dass diese verfassungswidrig sind, und wollen nicht auf die über 2 Milliarden Diebesgut jährlich verzichten. Die FDP hat zwar immer mal dagegen gemault, aber jede Chance etwas dagegen zu tun, konsequent ausgelassen.

Die Durchsetzung dieses staatlich organisierten Betrugs ging und geht also nicht nur einher mit der Kriminalisierung der bundesdeutschen Sozialgerichtsbarkeit, sondern auch mit einer Kriminalisierung des obersten deutschen Gerichts. Die Bundesverfassungsrichter missachten nicht nur die Verfassung und das eigens für sie geschaffene Bundesverfassungsgerichtsgesetz, sondern verletzen auch strafrechtlich relevante Paragraphen und gehören streng genommen (wenn man die Gesetze ernst nehmen würde) hinter Gitter.

Oder: Der Skandal ist die Kriminalisierung der Judikative bis hinein ins Verfassungsgericht auf Betreiben der etablierten politischen Parteien, um die politische Unfähigkeit zu einer sozialen Gesetzgebung, die trotzdem unter Kosten/Nutzen-Gesichtspunkten funktionieren würde, zu kaschieren. Und wie immer: genommen wird es von denen, die für ihr Geld arbeiten mussten.

Oder: ein paar Hundert Machtgeile in der Politik (Parteien, Exekutive, Legislative) und in staatlichen Organisationen (Judikative) können unsere Demokratie kaputt machen. Sie können nicht nur, sie tun es auch.

Und diese bis ins Detail beweisbaren Zustände befinden Sie und Ihre Chefredaktionskollegen der Süddeutschen Zeitung nicht der Erwähnung in der Presse wert? Sie sind bedeutender Vertreter der 4. Gewalt und sehen es nicht als Ihre Aufgabe an, sich für die Wiederherstellung unserer bundesrepublikanischen Demokratie einzusetzen? Die AfD und ihre Anhänger erheben lautstark den Vorwurf der „Lügenpresse“; Welch eine harte Behauptung. Aber wäre es nicht zumindest der Diskussion wert, ob ein Unterdrücken der Berichterstattung über solch skandalöse Zustände in unserem Staat mit der damit verbundenen indirekten Aussage „so ist es gewiss nicht“ auch als eine Form der Lüge zu werten ist?

Mit welchem Recht heben Sie den moralischen Zeigefinger gegenüber Apple? Fangen Sie doch mit der Weltverbesserung bei sich selbst an. Es lässt sich so trefflich investigative Recherche betreiben, schön weit weg, in Panama oder gar im „paradise“. Und so richtig ernst kann da ein Echo für die Zeitung ja auch nicht werden. Wenn das Übel aber nicht mehr zu recherchieren ist, sondern vor der Haustür liegt und gen Himmel stinkt, dann breiten wir lieber den Mantel des Schweigens darüber. Könnte es sein, dass die Brisanz des Themas und das mögliche Echo von Machthabenden aus den politischen Parteien und der Judikative Ihre Courage zu Null werden lässt?

Ich kann es auch mit Ihren Worten zusammenfassen:

- Die Süddeutsche Zeitung hat als führende überregionale Zeitung in Deutschland auch eine moralische Verantwortung
- Die Nichtreaktion seit März 2017 trübt das Bild von der Süddeutschen Zeitung, das Sie und Ihre Kollegen gerne zeichnen
- Auf unsere Informationen und das fortlaufende Angebot zu deren Detaillierung und zum Beweis jeder Einzelaussage haben wir nicht einmal schmallippige Auskünfte erhalten. Warum?
- Welches Verständnis von Demokratie steckt hinter diesem Verhalten?
- Sie haben eine Menge sehr ernstzunehmender Feststellungen erhalten, auf die wir bisher keine Reaktionen bekommen haben
- Die Süddeutsche Zeitung macht für sich geltend, investigativen Journalismus zu betreiben, an der Aufklärung von Skandalen mitzuwirken und sich als 4. Gewalt für die Kontrolle des Staates und öffentlicher Institutionen einzusetzen. Wenn dem so ist, gibt es doch keinen Grund, weiterhin zu schweigen, oder?

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Amd Rüter

Anlagen:

- 1_20171125_Kommunikation mit SZ Prantl 3.3.-30.8.2017.pdf
- 2_20170830_Unterlagen zum größten Skandal bzgl des Abbaus von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.msg
- 3_20171026_Gedanken über ein mögliches Vorgehen.pdf inkl. Gerichte_Dokumentenaustausch_(v7_20171014).pdf

Dreck im Schachterl

VON HERIBERT PRANTL

Jeden Tag verschwinden in Bayern 14 Fußballfelder; jedes Jahr verschwindet ein Ammersee. Das macht kaputt, was den Menschen lieb, wert und Heimat ist. In anderen Bundesländern ist das auch so, aber in Bayern ist es am schlimmsten. Bei der Outletisierung, Möbelhausisierung und Parkplatzisierung ist Bayern deutscher Spitzenreiter, gefolgt von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Deutschland wird zersiedelt. Die Ortskerne veröden, die Natur wird vermarktet. Es sind nicht konkret Fußballfelder und Seen, die verschwinden; es ist Naturfläche, es sind Wiesen und Ackerland, die Gewerbegebieten weichen müssen; in Bayern 10 Hektar täglich. Wenn das so weitergeht, kann man die Bayernhymne ändern: Gott mit dir, du Land der Outlets.

Es geht leider so weiter. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat ein Volksbegehren gegen den Flächenverbrauch als unzulässig abgelehnt. Das ist eine falsche, unverständige, unselige Entscheidung. Der Verfassungsgerichtshof ist dafür da, den Grundrechten zur Geltung zu verhelfen; er ist dafür da, Grundwerte und Staatsziele zu stärken, ihnen beizuspringen. Im Artikel 141 der Bayerischen Verfassung steht, dass der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen der staatlichen Gemeinschaft anvertraut ist – also auch dem Verfassungsgericht. In diesem Artikel steht, dass es zu den großen Aufgaben von Staat und Gemeinden gehört, den Boden als natürliche Lebensgrundlage zu schützen. Das höchste Gericht in Bayern hat sich der Aufgabe verweigert; es hat sich hinter angeblicher Unzulässigkeit des Volksbegehrens versteckt.

Es ist dies ein exemplarischer Fall von Verkampfung. Wenn man sich fragt, warum das Grundgesetz eine so wichtige Rolle in Deutschland spielt, warum die Landesverfassungen aber kaum jemand

kennt – dann findet man hier, im Urteil gegen das Volksbegehren, die Antwort: Die Landesverfassungsgerichte sind zu verzagt. Sie sind Mauerblümchen-Gerichte.

Ganz anders das Bundesverfassungsgericht: Es hat das Grundgesetz zu dem gemacht, was es ist – ein Werk mit Rechten und Garantien, auf die sich die Bürger gern berufen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundrechte entfaltet; sie wären blass geblieben, wenn die Richter in Karlsruhe sie nicht ausgemalt hätten. In den Bundesländern, in Bayern zumal, passiert seit Jahrzehnten das Gegenteil.

Gott mit dir, du Land der Outlets! Das Verfassungsgericht hilft dir nämlich nicht

Grundrechte und Staatsziele der Landesverfassungen sind eigentlich wunderbar konkret, alltagstauglich, begreifbar und hilfreich – nicht nur dort, wo es um die Natur geht und wo sie jedem Bürger den Zugang zu den Seen erlaubt; auch dort, wo es um Wirtschaft und Steuerpolitik geht: „Steigerungen des Bodenwerts, die ohne besonderen Arbeits- oder Kapitalaufwand des Eigentümers entstehen, sind für die Allgemeinheit nutzbar zu machen“ – so heißt es etwa in Artikel 161 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung. Was haben die Bürger davon? Um es auf Bairisch zu sagen: den Dreck im Schachterl – also nichts. Das zuständige Gericht hat diese Sätze nicht fruchtbar gemacht. Das ist schade, das ist bitter.

Das Grundgesetz hat eine gute Adresse: Karlsruhe! Die Landesverfassungen haben eine so gute Adresse nicht. Karlsruhe hat sich nie gescheut, in die Speichen der deutschen Politik einzugreifen. Den Landesverfassungsgerichten wünschte man eine solche Kraft, in die Landespolitik einzugreifen, auch. Es ist Zeit für die Erweckung der Landesverfassungen.

Rüter: **nicht veröffentlichter** Leserbrief

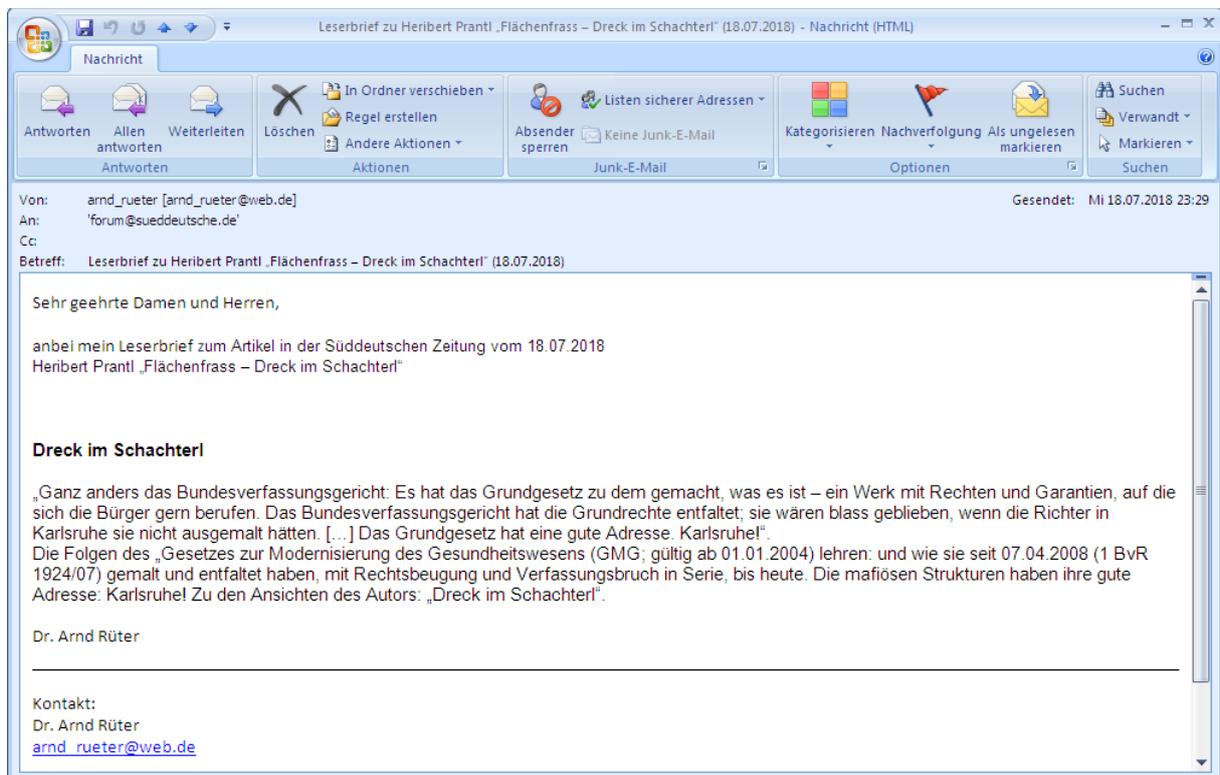
Zum Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 18.07.2018

Heribert Prantl „Flächenfrass – Dreck im Schachterl“

„Ganz anders das Bundesverfassungsgericht: Es hat das Grundgesetz zu dem gemacht, was es ist – ein Werk mit Rechten und Garantien, auf die sich die Bürger gern berufen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundrechte entfaltet; sie wären blass geblieben, wenn die Richter in Karlsruhe sie nicht ausgemalt hätten. [...] Das Grundgesetz hat eine gute Adresse. Karlsruhe!“.

Die Folgen des „Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitswesens (GMG; gültig ab 01.01.2004) lehren: und wie sie seit 07.04.2008 (1 BvR 1924/07) gemalt und entfaltet haben, mit Rechtsbeugung und Verfassungsbruch in Serie bis heute. Die mafiösen Strukturen haben ihre gute Adresse: Karlsruhe! Zu den Ansichten des Autors: „Dreck im Schachterl“.

Dr. Arnd Rüter



The screenshot shows an email client window titled "Leserbrief zu Heribert Prantl „Flächenfrass – Dreck im Schachterl“ (18.07.2018) - Nachricht (HTML)". The interface includes a toolbar with various actions like "Antworten", "Löschen", "Absender sperren", and "Suchen". The email header shows the sender as "arnd_rueter [arnd_rueter@web.de]" and the recipient as "forum@sueddeutsche.de", dated "Mi 18.07.2018 23:29". The main content of the email is as follows:

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei mein Leserbrief zum Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 18.07.2018
Heribert Prantl „Flächenfrass – Dreck im Schachterl“

Dreck im Schachterl

„Ganz anders das Bundesverfassungsgericht: Es hat das Grundgesetz zu dem gemacht, was es ist – ein Werk mit Rechten und Garantien, auf die sich die Bürger gern berufen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Grundrechte entfaltet; sie wären blass geblieben, wenn die Richter in Karlsruhe sie nicht ausgemalt hätten. [...] Das Grundgesetz hat eine gute Adresse. Karlsruhe!“.

Die Folgen des „Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitswesens (GMG; gültig ab 01.01.2004) lehren: und wie sie seit 07.04.2008 (1 BvR 1924/07) gemalt und entfaltet haben, mit Rechtsbeugung und Verfassungsbruch in Serie, bis heute. Die mafiösen Strukturen haben ihre gute Adresse: Karlsruhe! Zu den Ansichten des Autors: „Dreck im Schachterl“.

Dr. Arnd Rüter

Kontakt:
Dr. Arnd Rüter
arnd_rueter@web.de

Mühlbauer: **nicht veröffentlichter** Leserbrief

Von: Rudolf Mühlbauer [<mailto:rudolf.muehlbauer@zumare.de>]

Gesendet: Freitag, 20. Juli 2018 11:41

An: 'forum@sueddeutsche.de' <forum@sueddeutsche.de>

Betreff: Leserbrief zu "Flächenfrass - Dreck im Schachterl" vom 18.07.2018 - Heribert Prantl

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich bitte um Veröffentlichung

Mein Leserbrief

zum Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 18.07.2018 Heribert Prantl „Flächenfrass – Dreck im Schachterl“

„Dreck am Stecken“

Die lobenden Ausführungen über das Bundesverfassungsgericht machen sehr nachdenklich. Im Zusammenhang mit dem GMG-Gesetz wird von Karlsruhe – wie nunmehr ganz öffentlich nachzulesen ist - seit 10 Jahren verfassungswidriges Richterrecht praktiziert mit der Folge, dass Millionen von Rentnern um Milliarden betrogen werden. Ich würde für das BVerfG Karlsruhe eher sagen: „Dreck am Stecken“.

Rudolf Mühlbauer

Camerloherstr.7, 85737 Ismaning

0176/87109843 oder 089/965547

Verfassungsschutz **Ein Geschenk**

Schluss mit der Verharmlosung des Rechtspopulismus.

Von **Heribert Prantl**

Marker, Kommentare und Ergänzungen Dr. Rüter

Kein anderes Gesetz genießt so viel Vertrauen wie das Grundgesetz. Das Grundgesetz und seine Grundrechte sind der Grund dafür, warum Bürger, trotz vielerlei Kritik, dem Staat vertrauen. Zu diesem Vertrauen hat das Bundesverfassungsgericht viel beigetragen, weil es die Grundrechte gehegt und gestärkt hat. Wenn die Behörde namens Verfassungsschutz vergleichsweise wenig Vertrauen genießt - an der Verfassung kann es nicht liegen.

Es ist ein Geschenk zum bevorstehenden 70. Jubiläum des Grundgesetzes, dass Thomas Haldenwang, der neue Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz und Nachfolger des umstrittenen Hans-Georg Maaßen, ankündigt, gegen den Rechtsextremismus viel stärker als bisher vorgehen zu wollen. Haldenwang hat im SZ-Interview einen - gerade angesichts brauner Umtriebe in den Polizeien von Sachsen und Hessen - schlichten und richtigen Satz gesagt: "Wenn Menschen, die das Gesetz schützen sollen, sich extremistisch äußern, ist das besonders schlimm." Der Satz sollte zum Motto und zur Handlungsanleitung werden. Staatsdiener, die nicht der Demokratie, dem Rechtsstaat und den Grundrechten dienen, sondern dem Radikalismus und dem Extremismus, sind eine Schande.

Das Wort "Rechtspopulismus" ist eine niedliche Bezeichnung für eine verfassungsfeindliche Politik. Es ist gut, wenn der Verfassungsschutz diese Verniedlichung nicht mehr mitmacht. Die Beobachtung der AfD wäre ein erster Schritt.

Kein anderes Gesetz genießt so viel Vertrauen wie das Grundgesetz. Das Grundgesetz und seine Grundrechte sind der Grund dafür, warum Bürger, trotz vielerlei Kritik, dem Staat vertrauen. Zu diesem Vertrauen hat das Bundesverfassungsgericht viel beigetragen, weil es die Grundrechte gehegt und gestärkt hat. Wenn die Behörde namens Verfassungsschutz vergleichsweise wenig Vertrauen genießt - an der Verfassung kann es nicht liegen.

Ein Journalist mit Berufsethos würde doch jetzt wissen wollen; an WEM und an WAS liegt es denn dann?

Es ist ein Geschenk zum bevorstehenden 70. Jubiläum des Grundgesetzes, dass Thomas Haldenwang, der neue Chef des Bundesamts für Verfassungsschutz und Nachfolger des umstrittenen Hans-Georg Maaßen, ankündigt, gegen den Rechtsextremismus viel stärker als bisher vorgehen zu wollen. Haldenwang hat im SZ-Interview einen - gerade angesichts brauner Umtriebe in den Polizeien von Sachsen und Hessen - schlichten und richtigen Satz gesagt: "Wenn Menschen, die das Gesetz schützen sollen, sich extremistisch äußern, ist das besonders schlimm." Der Satz sollte zum Motto und zur Handlungsanleitung werden. Staatsdiener, die nicht der Demokratie, dem Rechtsstaat und den Grundrechten dienen, sondern dem Radikalismus und dem Extremismus, sind eine Schande.

Wenn Herr Prantl nicht unter einer partiellen juristischen Blindheit leiden würde, würden die letzten 3 Sätze im 2. Absatz **ergänzt** lauten:

„Wenn Menschen, die das Gesetz schützen sollen, sich extremistisch äußern **oder fortlaufend Rechtsbeugung und Verfassungsbruch begehen**, ist das besonders schlimm.“ Der Satz sollte zum Motto und zur Handlungsanweisung werden. „Staatsdiener, die nicht der Demokratie, dem Rechtsstaat und den Grundrechten dienen, sondern dem Radikalismus und dem Extremismus, sind eine Schande, **wenn sie aber Handlanger in einem staatlich organisierten Betrug an 6 Mio Rentnern sind, sind es Verbrecher.**“

Das Wort "Rechtspopulismus" ist eine niedliche Bezeichnung für eine verfassungsfeindliche Politik. Es ist gut, wenn der Verfassungsschutz diese Verniedlichung nicht mehr mitmacht. Die Beobachtung der AfD wäre ein erster Schritt.

Und noch ein **nicht veröffentlichter** und deswegen gar nicht erst abgesandter Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei mein Leserbrief zu **22.12.2018 SZ S. 4 H. Prantl „Verfassungsschutz - Ein Geschenk“**

Schluss mit der einseitigen Weltbetrachtung

Wenn Herr Prantl richtigerweise schreibt: „Wenn die Behörde namens Verfassungsschutz vergleichsweise wenig Vertrauen genießt - an der Verfassung kann es nicht liegen“, dann müsste doch ein Journalist mit Berufsethos sofort wissen wollen: an WEM und an WAS liegt es denn dann?

Wenn Herr Prantl sich der Mühe unterziehen würde nach den Ursachen für das rapide gesunkene Vertrauen in die Verfassungsorgane zu forschen, würden die letzten 3 Sätze im 2. Absatz ergänzt (*Ergänzungen kursiv*) lauten:

„Wenn Menschen, die das Gesetz schützen sollen, sich extremistisch äußern **oder fortlaufend Rechtsbeugung und Verfassungsbruch begehen**, ist das besonders schlimm.“ Der Satz sollte zum Motto und zur Handlungsanweisung werden. „Staatsdiener, die nicht der Demokratie, dem Rechtsstaat und den Grundrechten dienen, sondern dem Radikalismus und dem Extremismus, sind eine Schande, **wenn sie aber Handlanger in einem staatlich organisierten Betrug an 6 Mio Rentnern sind, sind es Verbrecher.**“

Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten